

Akupunktur mit der Gabel

Die Welt, 24. November 2006, S. 12

Mit weltweit offeneren Märkten, der Quelle des Wohlstandes, wird das wirtschaftliche Umfeld für viele ungemütlicher. Zwar ist der Trend hochentwickelter Volkswirtschaften weiter ungebrochen, wohlhabender zu werden. Dennoch kommen auch in reichen Ländern immer mehr Menschen wirtschaftlich unter die Räder. Arbeitslosigkeit ist bei den wirtschaftlich schwächeren Arbeitnehmern häufiger und dauert vor allem länger. Armut nimmt weiter zu, oft auch dann, wenn die Menschen in Arbeit und Brot sind.

Das ist die Zeit des Sozialstaates. Seine originäre Aufgabe ist der Kampf gegen die Armut. Soweit besteht Konsens. Gestritten wird über den Weg. Die einen wollen verhindern, dass der Preismechanismus frei spielt. Mit gesetzlichen Mindestlöhnen und staatlich verordneten Höchstpreisen sollen Bedürftige begünstigt werden. Die anderen setzen auf einen effizienten Preismechanismus. Über ein gerechtes Steuer-Transfer-System sollen die Marktergebnisse zugunsten wirklich Bedürftiger korrigiert werden.

Der Versuch, Armut mit Mindestlöhnen zu bekämpfen, ist nicht neu. Viele Länder probieren es. Tatsächlich sind sie ein stumpfes, wenig zielgerichtetes Instrument, wirklich Bedürftigen zu helfen. Nicht alle Bezieher von Mindestlöhnen sind nämlich arm. In Deutschland leben nur 17 % der „Niedriglöhner“ in armen Haushalten, in den USA 14 %. Und viele, die arm sind, arbeiten entweder nicht Vollzeit, in Deutschland über 70 %, oder sie arbeiten gar nicht. Im ersten Fall sind Mindestlöhne nicht angebracht, im zweiten erreichen sie Bedürftige nicht.

Mindestlöhne sind ein extrem teures und ungerechtes Instrument. Sie helfen nur einigen wenigen Bedürftigen, die trotz Vollzeitbeschäftigung weiter arm sind. Das gilt zumindest dann, wenn sie trotz der

Mindestlöhne weiter regulär beschäftigt bleiben. Und sie begünstigen ungerechtfertigt eine weitaus größere Gruppe von Arbeitnehmern, die nicht wirklich arm ist und auch jene, die nur bereit sind, Teilzeit zu arbeiten. Eine Verteilungspolitik mit (gesetzlichen) Mindestlöhnen ist so, als ob man versuchte, mit einer Gabel Akupunktur zu betreiben.

Damit nicht genug. Gegenwärtig erhalten in Deutschland rund 900.000 Erwerbstätige auch ALG II. Ein gesetzlicher Mindestlohn, der die Tariflöhne übersteigt, ändert für die Empfänger von ALG II, die weiter beschäftigt bleiben, kaum etwas. Da nach wie vor der allergrößte Teil des regulären Erwerbseinkommens auf das ALG II angerechnet wird, kassiert vor allem der Sozialstaat die höheren Erwerbseinkommen. Von Mindestlöhnen profitiert am meisten der Staat, immer vorausgesetzt sie schaden der Beschäftigung nicht.

Tatsächlich sind aber gesetzliche Mindestlöhne für den Staat finanziell kein Geschäft. Sie verringern nämlich die reguläre Beschäftigung zumindest dann, wenn sie 7,50 Euro betragen. Damit stehen in Deutschland mindestens 2,6 Mio. Arbeitsplätze im Feuer. Es ist eine Illusion zu glauben, man könne die Lasten höherer Mindestlöhne den Unternehmen aufbürden. Ein Teil der gestiegenen Kosten wird über die Preise auf die Konsumenten abgewälzt. Gerech ist das nicht, wenn allgemeiner Konsens besteht, die Kosten der Umverteilung nach individueller Leistungsfähigkeit anzulasten.

Der größte Teil der finanziellen Lasten von Mindestlöhnen wird aber über den forcierten Abbau von Arbeitsplätzen umverteilt. Steigende Arbeitskosten zwingen Unternehmen zu rationalisieren, Arbeitsplätze werden verstärkt ins Ausland verlagert. Die Hauptleidtragenden sind kleinere und mittlere Unternehmen, der Motor der Beschäftigung, die stärker als größere unter Mindestlöhnen leiden. Und es sind die Arbeitnehmer, die bisher im noch viel zu wenig entwickelten Niedriglohnsegment des Arbeitsmarktes einer regulären Beschäftigung nachgehen. Das sind vor allem Frauen.

Das ist ungerecht. Heute sind immer noch rund 1,7 Mio. Arbeitnehmer bereit, einer niedrig entlohnten Erwerbstätigkeit zu Löhnen unter 7,50 Euro nachzugehen. Und das, obwohl sich die Leistungen der Grundsicherung je nach Familienstand und Kinderzahl umgerechnet in Marktlöhne zwischen 8,50 und 15,75 Euro bewegen. Nur 900.000 stocken auf. Mit gesetzlichen Mindestlöhnen zwingt der Staat auch die Arbeitnehmer in die „Stütze“, die bereit sind, aus eigener Kraft durchs Leben zu kommen.

Was als Hilfe für die Armen gedacht ist, verkehrt sich in ihr Gegenteil. Es gibt fast nur Verlierer. Gesetzliche Mindestlöhne sind ungerecht, weil sie wenig zielgenau sind. Sie sind unsozial, weil sie leistungsbe-reite Arbeitnehmer entmündigen und an den finanziellen Tropf des Sozialstaates zwingen. Und sie sind kostspielig, weil sie die Arbeitslosigkeit gerade unter den wirtschaftlich Schwächeren weiter erhöhen und die Gesellschaft ärmer machen. Das alles spricht dafür, dass die Politik die Finger vom Teufelszeug gesetzlicher Mindestlöhne lässt.

Norbert Berthold